

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Markstraße Nr. 15, II.
Hamburg 6.

Tarife und Tarifgemeinschaft im gewerkschaftlichen Kampfe.

In der Erklärung zu dem Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskartells gegen die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker in Nr. 18 l. J. stellten wir in Aussicht, zu untersuchen, inwieweit die Haltung des Verbandes der Buchdrucker in der Tarifgemeinschaftsfrage den Prinzipien und der Taktik der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine gleichkomme. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine sollten eine Nachbildung der englischen Trades-Unions werden und ihr Begründer Dr. M. Hirsch, der noch heute der Leiter dieser Organisationen ist, schien auch durch die Eindrücke, welche er auf seiner Studienreise in England gewonnen hatte, in den von ihm in's Leben gerufenen Organisationen zur praktischen Ausföhrung bringen zu wollen. Seiner Taktik und seinem Vorgehen ist der Ausbruch des Streiks der Bergarbeiter im Waldenburger Revier am 1. Dezember 1869 zu danken. Von den M. 90000, die dieser Streik gekostet hat, sollen M. 78000 von der damaligen Fortschrittspartei aufgebracht worden sein. Diese aber, mehr oder weniger das industrielle Unternehmertum in sich vereinigend, war wohl geneigt, durch die Gewerkvereine die Arbeiter an ihre Fahne zu fesseln, nicht aber Organisationen zu schaffen, welche durch den wirtschaftlichen Kampf, durch Streiks, den Arbeitern eine bessere Existenz zu schaffen bereit waren. Sei es Unfähigkeit des Führers der Gewerkvereine, die wirtschaftlichen Verhältnisse mit ihrem sich naturnothwendig ergebenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu erkennen, sei es das Drängen der Leiter der Fortschrittspartei gewesen — für diesen Führer eines so wenig schmeichelhaft als der Andere —, Thatsache ist, daß dieser Versuch, den Gewerkvereinen den Charakter der englischen Trades-Unions zu geben, nicht wiederholt worden ist. Dagegen hat die Leitung der Gewerkvereine in einem am 23. April 1871 gegebenen Erlaß sich gegen die Streiks ausgesprochen. In diesem Erlaß wird gesagt, daß keine Arbeitseinstellungen zu provoziren, sondern auf alle Weise zu erschweren und zu verhüten sind. Wörtlich heißt es dann: „Es ist jede prinzipielle Feindseligkeit gegen das Kapital gänzlich ausgeschlossen. Gleichberechtigung, Vereinbarung, Schiedsgericht sind unser Wahlspruch.“ — Nach diesem Grundsatz haben die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine bisher gehandelt und nicht nur jede Arbeits-

einstellung ängstlich vermieden, sondern: sie haben die Kämpfe der in den Gewerkschaften organisirten Arbeiter durch Lieferung von Streikbrechern zu erschweren gesucht. In seiner Broschüre: „Was bezwecken die Gewerkschaften?“ hat Dr. M. Hirsch den 1871 ausgesprochenen Grundsatz auf's Neue wiederholt und erklärt, daß die Leiter der Gewerkvereine „aus Ueberzeugung Harmonie-Apostel“ sind. Nach diesen Grundsätzen nach dieser dreißigjährigen Thätigkeit der Gewerkvereine wird also jeder Versuch, eine gütliche Vereinbarung mit dem Unternehmertum herbeizuföhren, ohne von der Macht der Arbeiterorganisation Gebrauch zu machen, als „Hirsch-Duncker'sch“ zu bezeichnen sein.

Abgesehen davon, daß die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschafts-Organisationen den im Wesen der modernen Produktion liegenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erkennen und rückhaltlos anerkennen, werden sie zu Vereinbarungen mit den Unternehmern nur dann kommen, wenn sie sich durch den wirtschaftlichen Kampf eine Machtposition und die Gleichberechtigung errungen haben. Das ist der tiefe Gegensatz, der uns von den Hirsch-Duncker'schen Organisationen trennt.

Aber jede Gewerkschaftsorganisation, welche, nicht von dem Grundsatz ausgehend, daß harmonische Interessen zwischen Kapital und Arbeit vorhanden sind, sondern auf Grund der durch langjährige Kämpfe erworbenen Machtposition zu Tarifvereinbarungen mit den Unternehmern kommt, wird nicht als von „Hirsch-Duncker'schen“ Harmonie-Gedanken angekränfelt zu betrachten sein, ganz gleichgültig, ob die jeweilig getroffenen Vereinbarungen den Wünschen aller Mitglieder der Organisation, oder den noch im Kampf um die Anerkennung der Organisation seitens der Unternehmer stehenden Arbeiter entsprechen.

Ein kurzer Hinweis auf die wirtschaftlichen Kämpfe der Buchdrucker und auf die Entstehung der Tarifgemeinschaft wird genügen, um zu beweisen, daß der Verband der Buchdrucker getreu den Grundsätzen der modernen Arbeiterbewegung gehandelt hat und trotz guter oder schlechter Tarifvereinbarung eine moderne Arbeiterorganisation ist und bleiben wird. Wohl keine Gewerkschaftsorganisation in Deutschland hat so viele Streiks, so zahl-

Allgemein können wir bemerken, daß wir Tarifvereinbarungen mit den Unternehmern, welche aus der durch wirtschaftliche Kämpfe, oder durch die Stärke der Organisation herbeigeführten Machtstellung entspringen, als einen Punkt weiterer Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung betrachten. Bis jetzt ist es außer den Buchdruckern noch keiner Organisation gelungen, solche für ganz Deutschland gültigen Tarife oder Tarifgemeinschaften herbeizuführen. Für einzelne Orte sind aber auch für andere Berufe solche Vereinbarungen für längere oder kürzere Zeit und mit entsprechenden Kündigungsfristen geschaffen worden. Die Organisationen werden durch fortgesetzte Kämpfe die Anerkennung der Gleichberechtigung seitens der Unternehmer erringen. Mit dieser Anerkennung aber wird folgerichtig auch der Boden für Unterhandlungen, Vereinbarungen und Schiedsgerichte gegeben. Hierum zu bitten und zu betteln, mag den im Harmoniegedulde dahinvegetierenden Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereinen vorbehalten bleiben. Die Gewerkschaften, getragen von dem Geiste der modernen Arbeiterbewegung, streben dahin, eine Macht im wirtschaftlichen Kampfe zu werden und

von Macht zu Macht mit dem organisierten Unternehmertum zu unterhandeln und zu Vereinbarungen und Tarifgemeinschaften zu kommen. Das wird aber weitere Kämpfe nicht ausschließen, wie dies auch die Geschichte der englischen Gewerkschaften und die Geschichte der Buchdruckerorganisation ausweist. So lange die bürgerliche Gesellschaft, so lange die moderne Produktionsweise besteht, werden die wirtschaftlichen Kämpfe, mit oder ohne zeitweilige oder dauernde Tarifgemeinschaft oder Vereinbarungen, nicht aufhören. Organisationen, welche diesen Standpunkt nicht vertreten, sind verurteilt, zu Grunde zu gehen oder einflußlos dahinzubevegetieren. Deswegen erscheint uns, gerade vom Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung, das Vorgehen gegen Organisationen nicht angebracht, welche durch Jahrzehnte hindurch geführte Kämpfe den Nachweis geführt haben, daß sie nicht nach „Hirsch-Dunker'schem“ Muster, sondern durch die in der Natur des gewerkschaftlichen Kampfes liegenden Bedingungen zu Tarifvereinbarungen kommen, selbst wenn diese nicht den Wünschen aller interessierten Kreise entsprechen.

Kongreß der lokalorganisierten Gewerkschaften.

Ein Kongreß der Gegner der gewerkschaftlichen Verbandsorganisation fand vom 17. bis 19. Mai in Halle a. d. S. statt. Er war lange genug vorbereitet, um annehmen zu können, daß Alle, welche Sonderbestrebungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nachgehen und eine Einheit der Organisation zu hintertreiben bestrebt sind, wohl Vertreter zu dem Kongreß hätten entsenden können. Seit Jahresfrist fast ist an dem Zustandekommen des Kongresses gearbeitet worden. So weit die Kenntnis von der Existenz lokaler Vereine reicht, scheint auch von diesen eine Vertretung erfolgt zu sein. Das Ergebnis dürfte die Veranstalter des Kongresses aber keineswegs befriedigt haben. Wenigstens lassen die Berichte der Parteipresse, denen wir die nachfolgenden Aufstellungen entnehmen, darauf schließen. Die Generalkommission hatte von der Entsendung eines Berichtserstaters abgesehen, weil für diejenigen, welche die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland kennen, der Umfang, die Art der Debatten und der Ausgang des Kongresses schon vor seinem Zusammentritt mit Sicherheit abgeschätzt werden konnte.

Es waren 38 Delegirte anwesend aus 13 Orten und für 14 verschiedene Berufe. Wer aber angenommen hatte, es würden endlich einmal genaue Angaben über den Umfang der Lokalorganisationen gemacht werden, hatte sich getäuscht. Es wurden mehrmals Anregungen gegeben, die Zahl der Mitglieder in den einzelnen Orten und Berufen zu nennen, doch stellte sich am Schluß des Kongresses heraus, „daß die Mitgliederzahl noch nicht ermittelt werden konnte“. Diese eine Thatsache genügt, um die Art der Vertretung auf diesem Kongreß zu charakterisieren. Delegirte, die nicht einmal wissen, wieviel Mitglieder sie vertreten, können sich nur auf einem Kongreß zusammenfinden, auf dem viel geredet wird um des Redens willen. Ein ungefähres Bild des Umfanges der lokalen Bewegung erhält man, wenn man nach

der Rednerliste die Orts- und Berufsvertretung festzustellen sucht. Berlin stellte nach der Rednerliste 11 Delegirte, und zwar: 3 Zimmerer, 2 Maurer, 2 Bäcker, 1 Töpfer, 1 Händler, 1 vom allgemeinen Arbeiterverein und 1 Musikinstrumentenarbeiter. Aus Halle waren 9 Delegirte: 5 Metallarbeiter, 1 Zimmerer, 2 Maurer und 1 Tapezierer; aus Solingen waren 4 Delegirte der Messerschmiede und Schleifer; aus Braunschweig 2 Maurer; aus Königsb. berg 1 Maurer und 1 Töpfer; aus Breslau 1 Töpfer; aus Chemnitz 1 Feilenhauer usw. erschienen. Die Delegirten von Solingen gaben an, daß sie 400 Mitglieder hinter sich hätten. Mehrere Delegirte haben aber sicher keine 100 Mitglieder vertreten, wie die Maurer aus Jüterbogk, Bernigerode, Osterwieck, Müdersdorf; Töpfer aus Fürstenwalde; Feilenhauer aus Chemnitz; Tapezierer aus Halle; auch daß die 5 Delegirten der Metallarbeiter aus Halle je 100 Mitglieder hinter sich hatten, ist mehr als fraglich. Sicher greift man zu hoch, wenn man annimmt, daß ja. 10000 organisierte Arbeiter auf diesem Kongreß vertreten waren.

Je geringer die Bedeutung dieses Kongresses, desto wohlklingender und selbstbewußter die Reden und Beschlüsse. Bezüglich der Stellung der Gewerkschaften zur Politik wurde folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung:

1. daß der sogenannte gewerkschaftliche Kampf um Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der heute bestehenden Ordnung nicht geführt werden kann, ohne das Verhältnis der Arbeiter zu dem heutigen Staat und seinen Organen der Gesetzgebung und Verwaltung scharf und bestimmt zu berühren;
2. daß der gewerkschaftliche Kampf also von dem politischen Kampf um die politische Macht und deren Erweiterung nicht zu trennen ist;

reiche wirtschaftliche Kämpfe aufzuweisen, als die Buchdruckerorganisation. Schon 1848 kam es in Hamburg zu einer siebenwöchentlichen Arbeitseinstellung, die M. 4300 Ausgabe erforderte. 1865 streikten 500 Buchdrucker in Leipzig vom 4. April bis zum 5. Juni, um eine Lohnerhöhung zu erreichen. Der Streik, der eine Ausgabe von M. 30700 erforderte, brachte den Gehülfen einen theilweisen Sieg. 1868 wurde auf dem Buchdruckertag in Berlin die Abschaffung der Sonntagsarbeit beschlossen und dieser Beschluß durch Arbeitseinstellungen in Berlin, Frankfurt a. O. und in vielen anderen Orten zur Durchführung gebracht. Im August 1869 wurde ein Streik in Darmstadt mit einem Kostenaufwand von M. 4000 durchgeführt. 1871 wurde in zirka 50 Orten, u. a. in Berlin, Kassel, Königsberg und Duisburg, gestreikt, um Lohnerhöhungen durchzuführen. 1872 fanden wiederum in vielen Orten Arbeitseinstellungen statt, u. a. in Stuttgart, wo 230 Buchdrucker 13 Wochen streikten und M. 28500 an Unterstützung verausgabten. In demselben Jahre wurde von dem leitenden Ausschuß des Verbandes ein Einheitstarif für ganz Deutschland aufgestellt, der 1873 durchgeführt werden sollte. Die Arbeitgeber suchten sich dieser fortgesetzten Angriffe dadurch zu erwehren, daß sie sich gleichfalls organisierten und beschlossen, eine Aussperrung sämtlicher Verbandsmitglieder eintreten zu lassen, wenn an einem Orte der Versuch gemacht werden sollte, den Tarif durchzuführen.

Als die Buchdrucker Leipzigs am 1. Februar 1873 durch Arbeitseinstellung die Durchführung des Tarifs erzwingen wollten, erfolgte am 8. März in 70 Orten die Aussperrung von 2000 Mitgliedern des Buchdruckerbandes. Dieser zählte damals 7000 Mitglieder und erwies sich stark genug, den Angriff abzuschlagen. In Leipzig wurden M. 61800, in Hannover M. 18000 an Unterstützung verausgabten. Die Aussperrung dauerte bis zum 1. Mai und hatten dann die Arbeitgeber einsehen gelernt, daß die Organisation der Arbeiter eine gleichwerthige Macht sei, und sie zeigten sich zu Unterhandlungen bereit. Das Ergebnis der in Leipzig stattgefundenen Verhandlungen war die Tarifgemeinschaft, welche bis zum Jahre 1891 bestand. Diese ist also das Ergebnis eines Kampfes mit dem organisierten Unternehmertum, bei welchem dieses den Kürzeren zog, und nicht friedlicher Vereinbarungen nach „Hirsch-Dunker'schem“ Rezept. Es mag genügen, darauf hinzuweisen, daß auch nach der Tarifvereinbarung die Streiks keineswegs aufhörten. 1876, 1880, 1885, 1886 fanden umfangreiche Arbeitseinstellungen statt. Im November des letzteren Jahres waren über 1000 Buchdrucker in Deutschland ausständig. Ihren Abschluß fand die Tarifgemeinschaft, als die Unternehmer sich stark genug dünkten, der Organisation einen Kampf anbieten zu können. Die Arbeitseinstellung im Jahre 1891, an der 12000 Arbeiter theilhaftig waren, erforderte eine Ausgabe von M. 2288000. Trotz dieser Aufwendungen unterlagen die Arbeiter im Kampfe, weil die Zahl der unorganisierten Streikbrecher zu groß war. Dennoch versuchten die Unternehmer nicht, eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, denn trotz der Niederlage erhobte sich der Verband sowohl in Bezug

auf seine Mitgliederzahl wie seine Finanzkraft in kürzester Zeit.

Es macht einen komischen Eindruck, eine Organisation, die durch solche Kämpfe ihre Kraft erprobt und sich Achtung verschafft hat, zu den rührseligen Hirsch-Dunker'schen Talmi-Gewerkschaften zählen zu wollen, noch komischer aber ist der Eindruck wenn man vernimmt, daß Dr. Max Hirsch die Buchdruckerorganisation als seinen inhaltlosen und platten Gedanken nachlebend hinzustellen versucht. Weidens kann nur der Unkenntniß der thatsächlichen Vorgänge in dieser Organisation oder der durch unlautere Motive hervorgerufenen falschen Darstellung der Verhältnisse entspringen.

Aber war der Buchdruckerverband nicht Anfang 1896 stark genug, um eine andere Tarifgemeinschaft zu erzwingen oder ohne eine solche den 1891 erstrebten Neunstundentag durch einen Streik zu erreichen? Der Verband hatte in den der Niederlage folgenden Jahren seine Kräfte zu schonen versucht. Streiks wegen der zahlreichen Maßregelungen sind vermieden worden, wie die Unterstützung an Gemafregelte beweist, die 1892 M. 218041, 1893 M. 10960, 1894 M. 11531 und 1895 M. 18561 betrug. Die Mitgliederzahl betrug 19209, das Vermögen M. 943460. Diese äußeren Umstände ließen vermuthen, daß ein Kampf um den Neunstundentag geführt werden konnte. Doch nicht sie allein sind entscheidend. Es kam in Frage, daß noch in vielen Orten die Buchdrucker unter ungünstigeren Bedingungen arbeiteten als die des früheren Tarifs waren. Aus diesen wurden 1891 die Streikbrecherkolonnen formirt, aus ihnen würden sie 1896 wiederum gebildet worden sein. Es galt zunächst, die Arbeitsbedingungen dieser Berufsgenossen zu heben und dann weiter zu bauen. Und dazu wird die im vorigen Jahre geschaffene Tarifgemeinschaft sicher beitragen. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß bei dieser Tarifgemeinschaft neben günstigen auch ungünstige Bedingungen von den Arbeitern angenommen wurden. Diese aber werden sicher beseitigt werden, wenn der geeignete Zeitpunkt dafür gekommen ist.

Ueber die Bedingungen der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker selbst ein Urtheil zu fällen, halten wir uns nicht für berechtigt. Es ist Sache der Organisation, über den Inhalt der Vereinbarungen zu entscheiden, und sie hat auf der Generalversammlung, die im Juli 1896 in Halle an der Saale stattfand, sich für diese Tarifgemeinschaft mit 45 gegen 22 Stimmen entschieden. Sache Derjenigen, welche es mit der Organisation gut und ernst meinen, ist es, in ihr und mit ihr dahin zu wirken, daß die den Arbeitern ungünstigen Bedingungen bei der nächsten Vereinbarung oder durch einen Kampf beseitigt werden und nicht durch Zwiespalt in der Organisation das Uebergewicht der Unternehmer dauernd oder wenigstens für längere Zeit aufrecht zu erhalten. Die im Tarif enthaltene lange Kündigungsfrist für die Aufhebung desselben ist an sich der Organisation nicht vortheilhaft, kann aber als Argument gegen diese Tarifgemeinschaft nicht in's Feld geführt werden, weil in anderen Verufen, die keine Tarifgemeinschaft haben, Streiks und Lohnbewegungen oft in gleicher oder noch längerer Frist von den Arbeitern angekündigt oder unter den Augen der Unternehmer vorbereitet werden.

3. daß weder eine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiter noch eine genügende Vermehrung ihrer Rechte von der Humanität oder von dem guten Willen der heutigen Gesellschaft zu erwarten ist, sondern anerkanntermaßen nur der Kampf um's Recht das Recht bildet;
 4. daß dieser Kampf aber nur dann mit dem nöthigen Nachdruck und der nöthigen Einheitlichkeit von den Arbeitern geführt werden kann, wenn er in seinem Charakter als Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeutung erkannt und geführt wird;
 5. daß dieser notwendige und unvermeidliche Klassenkampf nur unter engem und bewußtem Anschluß an die Grundsätze und Taktik der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann,
- erklärt der zu Halle a. d. S. tagende erste Kongreß der lokalorganisirten und auf dem Boden des Vertrauensmänner-systems zentralisirten Gewerkschaften Deutschlands:

- I. Eine Trennung der gewerkschaftlichen Bewegung von der bewußten sozialdemokratischen Politik ist unmöglich, ohne den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen Ordnung aussichtslos zu machen und zu lähmen.
- II. Daß die Bemühungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, die den Zusammenhang der gewerkschaftlichen Bewegung mit der Sozialdemokratie zu lockern oder zu durchbrechen bestrebt sind, als arbeiterfeindliche zu betrachten sind.
- III. Daß Organisationsformen der gewerkschaftlichen Bewegung, die sie in dem Kampfe um die politischen Ziele hindern, als fehlerhaft und verwerflich zu betrachten sind. Der Kongreß sieht in der Form der Organisation, die sich die sozialdemokratische Partei Deutschlands auf dem Kongreß zu Halle a. d. S. 1890 gegeben hat, mit Rücksicht auf die bestehende Vereinsgesetzgebung auch für die gewerkschaftliche Organisation die zweckmäßigste und beste Einrichtung zur Verfolgung aller Ziele der Gewerkschaftsbewegung.

Wie wenig die Befürworter dieser Resolution die Marginalischen Lehren verstanden haben, von denen, welche die Resolution beschlossen, gar nicht zu reden, mögen folgende Bemerkungen, die Karl Marx im November 1869 gethan, beweisen: „Niemand dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Vereine in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben. Die Gewerkschaften sind Schulen für den Sozialismus.“

Es ist aber Manches erklärlich. Der Schöpfer der angenommenen Resolution war zu lange Vertrauensmann der freisinnigen Partei, um den Sozialismus voll in sich aufnehmen zu können. Im Alter pflegt man aber revolutionäre Lehren in der Regel nur aus geschäftlichem Interesse sich anzueignen.

Die gemeinsame Organisation soll in Zukunft nach folgenden vom Kongreß angenommenen Bestimmungen gestaltet werden:

1. Eine Zentralkommission von 5 Personen mit dem Sitz in Berlin zu wählen, die den Auftrag hat, für eine planmäßige Agitation unter den Lokalorganisirten oder nach dem Vertrauensmänner-system zentralisirter Gewerkschaften Deutschlands zu sorgen, auch die Interessen dieser Organisation nach außen durch die Presse zu vertreten.
2. Die Lokalorganisationen sind verpflichtet, an jedem Orte neben der Fachorganisation einen Vertrauensmann in öffentlicher Versammlung zu wählen, welcher die Sammlungen zum Agitationsfonds zu leiten und sämtliche Verhältnisse nach den Beschlüssen des Kongresses zu regeln hat. Die Höhe der Beiträge zum gemeinsamen Agitationsfonds resp. Streikfonds bestimmt jeder Ort und Verus selbst.
3. Der Kongreß proklamirt die unbedingte Solidarität der lokalorganisirten Arbeiter mit allen Arbeitern ohne Rücksicht auf die Organisation, sowie die politische Anschauung, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Die Ausstände der Arbeiter werden sie, diesem Grundsätze gemäß, nach besten Kräften unterstützen.
4. Es soll eine Broschüre ausgearbeitet und verbreitet werden, die das Wesen und die Form der lokalen Organisationen und der Vertrauensmänner-Zentralisation gemeinverständlich darstellt und die erforderlichen Anweisungen zur Bildung solcher Organisationen giebt.

Interessant ist der Widerspruch in den beiden Resolutionen. In der ersten werden die Bestrebungen, den Zusammenhang der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie zu lockern, als arbeiterfeindliche gebrandmarkt, in der zweiten eine Solidaritätserklärung mit „allen Arbeitern, ohne Rücksicht auf die Organisation sowie politische Anschauung“. Daß solche Beschlüsse nur mangelnder Gedankenklarheit entspringen können, bedarf keiner Beweisführung. In die Kommission wurden aus folgenden Berufen Mitglieder gewählt: Bäcker, Hülfсарbeiter, Maurer, Töpfer und Zimmerer. Die Kommission soll, wie in den Debatten erklärt wurde, den Lokalorganisirten zu Macht und Ansehen verhelfen. Wie dies geschehen soll, ist nicht gesagt worden.

Des Weiteren wurde beschlossen, ein wöchentlich erscheinendes Organ unter dem Titel „Solidarität“ herauszugeben. Die Delegirten sollen dafür sorgen, daß die Mittel für die erste Nummer, die am 15. Juni erscheinen soll, aufgebracht werden. Nach den in der Debatte gethanen Aeußerungen dürfte dann endlich für die deutsche Arbeiterbewegung ein sozialdemokratisches Organ geschaffen sein, das der fortschreitenden Versumpfung Einhalt thun wird. Bis her scheint's daran gemangelt zu haben.

Am letzten Verhandlungstage beschäftigte sich der Kongreß mit der Agitation. In den Debatten wurde betont, daß der Friede mit der Bruderorganisation angebahnt werden müsse, und folgende Resolution angenommen:

„Der Kongreß erklärt: Die Agitation muß vor allen Dingen die Solidarität der Arbeiter im Auge haben. Jede gehässige Form bei unserer agitatorischen Thätigkeit, welche den Anschein erwecken könnte, als wollten wir die Verbände bekämpfen, muß auf's Strengste vermieden werden.“

Wir wollen uns nur Anerkennung und Achtung verschaffen, erwarten aber auch von den verbandswirtschaftlichen Genossen dieselbe Solidarität. Die von dem Kongress eingesetzte Geschäftsleitung hat durch Wort und Schrift in diesem Sinne zu wirken und in unserem Organ die Solidarität zu proklamieren."

Obgleich auf dem Kongress genügend gegen die bezahlten Agitatoren der Zentralverbände gewettert worden war, kam man doch zu dem Beschluß, neben der Tagelohnentschädigung und den Reisekosten M. 6 Diäten pro Tag an die Agitatoren zu zahlen, ein Satz, der auch in den meisten Zentralverbänden üblich ist.

Soweit die Beschlüsse des Kongresses. Nach den Berichten der Blätter verschiedener Parteirichtungen scheint der erste Verhandlungstag ausschließlich dem Schimpfen gegen die Zentralverbände und ihre Leiter gewidmet gewesen zu sein. Das war vorauszusehen, weil die ganze Agitationskunst der Vertreter der Lokalvereine sich hauptsächlich nach dieser Richtung hin bewegt. Die Angriffe gegen die Verbände scheinen aber über die übliche gehässige Form hinausgegangen zu sein, denn selbst das „Volksblatt“ für Halle, das dem Kongressunternehmen sympathisch gegenüber zu stehen scheint (ob die uns gemachte Mitteilung, daß der Redakteur desselben als Vertreter der Handelshülfsarbeiter auf dem Kongress anwesend war, richtig ist, geht aus den Berichten nicht hervor), sah sich zu längeren Ausführungen gegen diese Art der Behandlung gewerkschaftlicher Fragen genötigt. Die ersten Sätze dieser Ausführungen lauten:

„Die gestern Nachmittag über das Verhältnis zu den Zentralorganisationen gepflogene Debatte wird mit Recht böses Blut erregen. Ganz abgesehen davon, daß mehrere der gegen die Zentralisation vorgebrachten Gründe hinfällig und schon längst widerlegt sind, sind so scharfe Worte gefallen, wie sie weder durch die Sachlage noch durch die vorliegenden Thesen geboten waren, und die vor Allem dann nicht am Plage sind, wenn die Lokalorganisationen sich eine Organisation geben wollen, die man nicht anders als eine verschleierte Zentralisation nennen kann.“

Von der politischen Schulung, deren sich diese Vertreter rühmen, konnte man nichts verspüren. Leute mit politischer Durchbildung würden ja auch nicht den Gegner beschimpfen, sondern durch Darlegung ihrer besseren Prinzipien zu gewinnen suchen. Was es überhaupt mit der politischen Thätigkeit dieser Kongressvertreter auf sich hat, zeigt die Äußerung eines Solinger Delegierten, der meinte, daß die Durchführung der angenommenen Resolution dazu führen würde, daß 300 von den 400 Mitgliedern der von ihnen vertretenen Vereine ausscheiden, weil sie von der Sozialdemokratie nichts wissen wollen. Bei solcher Vertretung kann man die Veranstalter des Kongresses nur bedauern. Von den eigenen Leuten widerlegt zu werden, ist hart. Man würde vergeblich in Deutschland den Vertreter eines Zentralverbandes suchen, der den Verbandsmitgliedern ein Zeugnis ausstellen könnte, wie es dieser Solinger Delegierte für seinen Verein gethan. Das Schimpfen ist immer ein Zeichen von Schwäche, und man war sich in Halle der eigenen Schwäche voll bewußt.

Klagte doch ein Hallenser Delegierter: „Erst hat man uns die Hosen ausgezogen und dann hat man uns auch das Hemd genommen, o daß wir jetzt nackt umherlaufen müssen.“ Nach dem Stande der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland dürften die Lokalvereine diese nothwendigen Bekleidungsstücke auch nicht mehr wiederfinden.

Am letzten Verhandlungstage scheint denn noch eine bessere Einsicht gekommen zu sein. Allgemein wurde zum Frieden mit den Zentralverbänden gerathen. Nachdem man zwei Tage auf den Verbandsvertretern moralisch herumgeprügelt, macht man ein freundliches Gesicht und sagt: Jetzt soll Friede sein, es war Alles nicht so gemeint. Ein wenig mehr Konsequenz hätten wir schon erwartet. Aber wo soll sie nach den gefakten Beschlüssen herkommen. — Doch nicht alle Delegierte waren friedlich gestimmt. Der Vertreter der Töpfer aus Berlin meinte, „wenn jetzt ein heftiger Kampf aus Anlaß des Kongresses ausbreche, so schade das nichts.“ Den Gefallen werden die Verbände den Lokalorganisationen nicht thun. Sie haben in den letzten Jahren die Praxis des vernünftigen Arztes befolgt, der einen mit seinem Begriffsvermögen zu kurz gekommenen Kranken nicht mit scharfen Mitteln reizt, sondern die Heilung ruhig abwartet. Diese Praxis dürfte auch weiter mit gleichem Erfolge beibehalten werden. Nur wer an den Krakehl gewöhnt ist, kann Vortheil aus ihm ziehen. Ob die Gewerkschaftskartelle Neigung haben werden, mit Leuten gemeinsam zu arbeiten, welche ihre Hauptbeschäftigung in der Beschimpfung der vom gleichen Bestreben besetzten Arbeitsbrüder suchen, ist eine andere Frage. Auch die Generalkommission wurde auf dem Kongress abgethan. Ein Beschluß, sie zu beseitigen, ist glücklicherweise nicht gefaßt worden und dürfte sie darum vorläufig noch fortbestehen.

Doch Scherz bei Seite. Die Wogen der Reaktion gehen hoch und Einmüthigkeit in der Arbeiterbewegung ist der einzige Schutzwall, sie einzudämmen. Die Zentralverbände wären sicher geneigt, Frieden zu schaffen. Wollten sie es aber nach dem Wunsche der Lokalorganisationen, so bliebe ihnen nichts übrig, als sich aufzulösen. Ein gemeinsames Arbeiten mit den Lokalvereinen ist aber nach den Gesetzen nicht möglich. Es ist doch nicht kindischer Eigenwille, der die Verbände zu ihrer Stellungnahme nöthigt. Wenn die Lokalvereine glauben, politisch sein zu müssen, wenn sie es sich nicht zutrauen, die Berufsgenossen auch ohne politische Thätigkeit zum Klassenbewußtsein zu bringen, so muß man sie fortfahren lassen, gemeinsames Vorgehen in der ohnehin schwachen Gewerkschaftsbewegung zu hindern. Wir sind nicht der Meinung daß es nöthig ist, sozialdemokratische Maurer, Töpfer oder Zimmerer zu haben, sondern sind überzeugt, daß die einige sozialdemokratische Partei stark und mächtig genug ist, die Interessen ihrer Mitglieder, und dazu gehören die meisten gewerkschaftlich organisirten Arbeiter, vertreten zu können, ohne daß die Gewerkschaften ausgesprochenemmaßen die Thätigkeit der Partei unterstügen.

Gewährt die Gesetzgebung den Gewerkschaften die Möglichkeit, sich mit den die wirtschaftliche Lage der Arbeiter betreffenden Fragen der Gesetzgebung beschäftigen zu können, so wird dies sicher geschehen. Die fortschreitende wirtschaftliche Mach-

Von dem Arbeitsamt ist des Weiteren der Versuch gemacht, eine Statistik über die Dauer der Arbeitslosigkeit der Gemeldeten zu führen. Die Aufzeichnungen mußten, wegen der Eigenart der Beschäftigung der gemeldeten Arbeiterinnen, auf die Arbeiter beschränkt bleiben. Aber auch bei diesen beruhen die Aufzeichnungen auf den nicht kontrollirbaren Angaben der sich Meldenden. Es ist ferner eine Trennung gemacht zwischen Denen, welche Arbeit erhielten und Denen, deren Gesuche keinen Erfolg hatten. Bei den Ersteren ist die Dauer der Arbeitslosigkeit bis zum Tage des Wiedereintritts in Arbeit, bei den Letzteren bis zu dem Tage der Meldung gerechnet. Die Dauer der Arbeitslosigkeit weist die nebenstehende Tabelle aus.

Ueber 4 Wochen bis zu 3 Monaten waren arbeitslos: 15 Gärtner, Feld- und Gartenarbeiter; 17 Huf- und Wagenschmiede; 17 Bauschlosser und Arbeiter in Selbstkrankfabriken; 28 Kesselschmiede, Maschinenschlosser; 26 Buchbinder, Kortonage- und Papierarbeiter; 29 Sattler, Portefeuller und Tapezierer; 67 Tischler und sonstige Holzarbeiter; 65 Schneider; 25 Schuhmacher; 24 Maler,

Stukkateure; 13 Kutscher und Fuhrknechte; 242 Hausdiener, Tagelöhner, Ausläufer.

Von den Arbeitern, welche Arbeit erhielten, waren arbeitslos seit:

	1 Tag	2 Tagen	3 Tagen bis 1 Woche	2 Wochen	3 Wochen	4 Wochen	über 4 Wochen bis 3 Monate	über 3 Monate
pZt. der Gemeldeten	3785	857	2126	1358	799	452	650	76
	36,3	8,2	20,4	13,0	7,7	4,3	6,3	0,8

Von den Arbeitern, welche keine Arbeit erhielten, waren arbeitslos:

	1 Tag	2 Tagen	3 Tagen bis 1 Woche	2 Wochen	3 Wochen	4 Wochen	über 4 Wochen bis 3 Monate	über 3 Monate
pZt. der Gemeldeten	1920	387	1386	926	479	463	1113	149
	27,0	5,5	19,5	13,0	6,8	6,5	15,7	2,1
	5705	1244	3512	2284	1278	815	1763	225

Diese wenigen Zahlen geben ein trauriges Bild von der Noth der Arbeiter. Sie zeigen, daß auch bei günstiger Konjunktur viele Arbeiter dem langsamen Verhungern preisgegeben sind und eine gesetzliche Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit zur absoluten Nothwendigkeit wird. Ebenso erweisen sie die Nothwendigkeit der Organisationen, die nach dieser Richtung hin wirken.

Das Ende des Streiks im Maschinen- und Schiffsbauergewerbe in England.

Die „Labour Gazette“ bringt über die Verhandlungen der Vertreter der organisirten Unternehmer und Arbeiter, welche stattgefunden haben, und über die letzten Maßnahmen, die vor Beendigung des Streiks von beiden Seiten getroffen wurden, einige interessante Mittheilungen, die wir im Auszuge wiedergeben wollen. Die Forderung auf eine Erhöhung des Wochenlohnes um M. 2,50 und des Stücklohnes um 10 pZt. wurde von den Arbeitern ermäßigt, nachdem die Unternehmer Zugeständnisse gemacht hatten. Es wurden verschiedene Versuche zur Einigung gemacht. Die vorgeschlagene Zusammenkunft der Vertreter der streikenden Parteien kam nicht zu Stande, weil die Unternehmer verlangten, daß die Maschinenbauer der Sunderland-Werksstätte vor der Zusammenkunft die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Die Vollzugsbehörde des Arbeiterbundes weigerte sich, dieses anzuordnen, wenn nicht die Unternehmer der Aussetzung der Arbeit an den streitigen Maschinen während der Zusammenkunft zustimmten. Infolgedessen wurde am 12. März von dem Bunde der Arbeitsunternehmer beschlossen, den Mitgliedern des Vereins der Maschinenbauer Aussperrungsmaßregeln anzukündigen. Derartige Ankündigungen wurden am 20. März in vielen Maschinenbauwerkstätten angeschlagen, des Inhalts, daß 25 pZt. der Mitglieder der verbündeten Vereine am 27. März ausgesperrt würden und in demselben Verhältnisse an den drei folgenden Sonntagen fortzuführen würde. Am 22. März erwiderte die Vollzugsbehörde des Vereins damit, daß sie allen ihren Mitgliedern in Werksstätten, wo Aussperrungsmaßregeln angeschlagen wurden, die Weisung gab, an dem Tage die Arbeit niederzulegen, wo die Aussperrung in Wirksamkeit treten würde, inzwischen sollte alle Ueberstundenarbeit aufhören.

Das Hinderniß zu der Zusammenkunft wurde indessen bald aus dem Wege geräumt. Der Verein

der Schiffs- und Maschinenbauergewerbe, welcher die hauptsächlichsten Gewerbeverbände dieses Industriezweiges, mit Ausnahme des Vereins der verbündeten Maschinenbauer, umfaßt, erbot sich, den Maschinenarbeiter, welcher keinem Verein angehört, der in der Verbindung ist, von der Maschine einstweilen fortzunehmen, wenn dieses das Hinderniß der Zusammenkunft aus dem Wege räumen würde. Dieser Vorschlag wurde von den Parteien angenommen. Es wurde auch beschlossen, daß alle Maschinen, um die sich der Streit drehte, während der Zeit der Verhandlungen nicht im Betriebe sein sollten. Die Erlasse wurden beiderseits vorläufig aufgehoben und das Verbot der Ueberstundenarbeit während der Zeit der Verhandlungen zurückgenommen. Am 29. März nahmen die streikenden Arbeiter der Sunderland-Werksstätten die Arbeit wieder auf. Die Zusammenkunft fand in London am Donnerstag und Freitag, den 1. und 2. April, statt; die Unternehmer waren vertreten durch zwei Abgeordnete vom Tyneflusse, zwei vom Clydeflusse, zwei von Velsaft und einen von Barrow, hierzu kamen noch die Schriftführer des Vereins. Die Arbeiter waren vertreten durch den Vorsitzenden des Rathes, drei Kreisabgeordnete aus den Mittelpunkten der vom Streik betroffenen Gegenden, drei Mitglieder des Rathes, welche diese Gegenden vertraten, und den ersten Schriftführer. Die Hauptpunkte der Besprechung auf der Zusammenkunft waren die Bedingungen, nach welchen an den Maschinen gearbeitet werden sollte: die Frage der Ueberstundenarbeit, der Löhne bei Versuchsfahrten und der Vergütungen. Die Zusammenkunft wurde bis Dienstag, den 13. April, vertagt; inzwischen unternahm jede Partei eine Aufstellung ihrer Vorschläge.

Die vertagte Konferenz wurde in London am 13. April abgehalten. Die Vorschläge der Arbeiter bezogen sich auf die Maschinenfrage, und ersuchten sie um Bildung von Körperschaften aus Vertretern

gestaltung wird diesen nothwendigen Spielraum herbeiführen, nicht aber kleinliche Zänkereien und Verzettlung der Kräfte in Organisationsnischen. Was wird werden, wenn in Preußen der Ausschluß von Minderjährigen aus den politischen Vereinen gesetzlich bestimmt wird? Wie wollen die Lokalvereine dann auf die wirthschaftlichen Verhältnisse einwirken, wenn sie die gefährlichen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt, die Leute von 18 bis 21 Jahren, nicht als Mitglieder aufnehmen dürfen, sie für den wirthschaftlichen Kampf nicht zu schulen vermögen? Dann bleibt nur die Organisation, wie sie sich auch in Sachsen bewährt, und das ist die Verbandsorganisation. Vermögen diese die Verbände leitenden Argumente die Lokalorganisirten nicht davon zu überzeugen, daß es gut wäre, sie stellten die Keiltreiberei in der Gewerkschaftsbewegung ein, so kann man nur annehmen, daß egoistische Gründe einzelne Personen leiten, denen es gelingt, einen Kreis von Leuten um sich zu vereinen, welche

die Verhältnisse nicht zu verstehen vermögen. Das ist im Interesse der Arbeiterbewegung betrübend, kann aber nur beseitigt werden, wenn die Verbände fortfahren, sich auszubauen und den Arbeitern den Beweis zu liefern, daß sie ihnen ein Schutz und Schirm gegen die Uebergriffe des Unternehmertums sind. Es mögen dann die Lokalvereine ein Gleiches thun. Aber jede Organisation soll sich dann auf die eigene Kraft stützen. Eine gegenseitige Hülfe muß für die Zukunft ausgeschlossen sein. Entweder oder! Ist die Lokalorganisation das Bessere, dann muß sie Kraft genug besitzen, den wirthschaftlichen Kampf führen zu können. Vermag sie das nicht, dann soll sie sich dem größeren wirthschaftlichen Verbände anschließen und ihn nicht in seiner Fortentwicklung hemmen und dazu beitragen, daß das Unternehmertum fortbauend der stärkere Theil bleibt, weil die Arbeiter ihre Kräfte nicht vereinigen wollen.

Der Geschäftsbericht des städtischen Arbeitsamtes in Stuttgart für das Jahr 1896.

Der umfangreiche Bericht, der mehrere eingehende Tabellen bringt, enthält einige recht interessante Momente, deren Wiedergabe an dieser Stelle von Nutzen sein wird. Es liefen im verfloffenen Jahre bei der männlichen Abtheilung 14280 Gesuche von Arbeitgebern und 17627 von Arbeitern, bei der weiblichen Abtheilung 5457 Aufträge von Dienstherrschaften und Arbeitgebern und 3767 von weiblichen Arbeitnehmern ein. Es konnte 10474 Arbeitern und 2638 Arbeiterinnen Beschäftigung nachgewiesen werden. Allgemein wird gesagt, das Jahr 1896 sei ein solches günstiger wirthschaftlicher Konjunktur gewesen. Daß auch während eines solchen Jahres die Arbeitslosigkeit bedeutend ist, erweist der Bericht des Arbeitsamtes. Von den bei der männlichen Abtheilung eingegangenen Gesuchen um Arbeit wurden 766 zurückgezogen und 6286 erloschen, nachdem sie 14 Tage erfolglos eingetragen waren. Die Zurücknahme der Gesuche erfolgte gewöhnlich von Durchreisenden, die sich am Orte nicht aufhalten wollten.

In der nachstehenden Tabelle sind die Berufe, welche die größten Ziffern ausweisen, aufgeführt. In der Rubrik: „Erfolglos gemeldet“, sind die Meldungen aufgeführt, die zurückgenommen oder nach 14 Tagen erloschen sind.

Beruf	Zur Arbeit gemeldet	Arbeit erhalten	Erfolglos gemeldet
Gärtner, Bauernknechte, Feld- und Gartenarbeiter	420	197	223
Steinbrecher, Töpfer, Ziegeleiarbeiter	62	21	41
Goldarbeiter, Metallschleifer, Goldschläger	62	10	52
Former, Gießer, Metalldreher	196	74	122
Kupferschmiede, Gürtler	81	30	51
Klempner, Installateure	473	322	151
Suf- und Wagenschmiede	474	271	203

Beruf	Zur Arbeit gemeldet	Arbeit erhalten	Erfolglos gemeldet
Bauschlosser, Arbeiter in Geldschrankfabriken	743	470	273
Kesselschmiede, Maschinen-schlosser	547	220	327
Stellmacher	202	102	100
Buchbinder, Kartonnage- und Papierarbeiter	367	171	196
Weißgerber, Lederfärber	14	—	14
Sattler, Tapezierer, Portefeuillearbeiter	660	371	289
Tischler und sonstige Holzarbeiter	2432	1692	740
Böttcher	198	82	116
Holzbildhauer und Drechsler	237	147	90
Bürstenmacher, Korbmacher, Stock- und Schirmmacher . . .	33	4	29
Müller, Bäcker, Konditoren . . .	158	11	147
Mechger	38	1	37
Brauer	60	2	58
Schneider	964	637	327
Schuhmacher	748	565	183
Barbiere	32	9	23
Maurer, Steinhauer	225	103	122
Zimmerer	190	88	102
Glasler	228	168	60
Maler, Stukkateure	1007	638	369
Buchdrucker, Schriftgießer . . .	142	16	126
Lithographen, Xylographen, Graveure	44	13	31
Kaufleute, Baker	177	29	148
Kutscher, Fuhrknechte	399	166	233
Kellner, Köche	46	7	39
Hausdiener, Tagelöhner, Ausläufer	5700	3747	1953
Summa	17359	10384	6975

Fast die Hälfte der Gesuche, 40,18 pZt., konnte bei den Arbeitern nicht befriedigt werden.